

Informationspflicht nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei der Erhebung von personenbezogenen Daten

Die Stadt Frankfurt (Oder) informiert Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihren Rechten nach der DS-GVO. Diese Informationen werden soweit erforderlich aktualisiert. Welche Daten die Stadt Frankfurt (Oder) verarbeitet und in welcher Weise diese genutzt werden, richtet sich nach den gestellten Anträgen.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Frankfurt (Oder)
Der Oberbürgermeister
Amt für Ordnung und Sicherheit
Kfz-Zulassungsbehörde
Goepelstraße 38
15234 Frankfurt (Oder)
E-Mail : kfz-zulassungsbehoerde@frankfurt-oder.de

Beauftragter für den Datenschutz

Stadt Frankfurt (Oder)
Die Datenschutzbeauftragte
Marktplatz 1
15230 Frankfurt (Oder)
E-Mail : : datenschutzbeauftragter@frankfurt-oder.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Stadt Frankfurt (Oder) ist zuständige Behörde für die Erteilung eines Ausweises für ein Kleinfahrzeug, eines Zulassungszeugnisses sowie für ein Ölkontrollbuch (§§ 2, 34,40 und 65 (L-SchiffV). Bei Feststellung von Mängeln kann die Behörde die Weiterverwendung des Fahrzeugs beschränken oder verbieten und die Zulassung entziehen (§ 42 L-SchiffV). In einem örtlichen Register werden die personenbezogenen Daten und Angaben bei Antragstellung gespeichert.

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Eine Übermittlung von Daten an eine andere Stelle erfolgt, wenn nach §§ 40 und 42 LSchiffV ein entsprechender Antrag gestellt wird oder eine Information über Mängel am Fahrzeug vorliegt. Die Übermittlung der Daten erfolgt an die Brandenburgische Schiffsuntersuchungskommission.

Dauer der Speicherung

Die Daten im örtlichen Register werden nach 5 Jahren gelöscht, wenn der Zweck der Speicherung der Daten weggefallen ist, wie bei Halterwechsel, Veräußerung oder Außerdienststellung des Fahrzeugs.

Die Daten und vorgelegten Unterlagen bei einer Maßnahme nach § 42 L-SchiffV werden nach Abschluss des Verfahrens für 5 Jahre gespeichert und danach gelöscht.

Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (Art. 15 bis 21 DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung,
- Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten,
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.
- Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- Das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht

Stahnsdorfer Damm 77

14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203/356-0

Telefax: 033203/356-49

E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.